



## **Soldaten in der Gesellschaft**

Impuls des Bundesvorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes  
Oberst Ulrich Kirsch

Es ist inzwischen schon ein geflügeltes Wort geworden: Das „freundliche Desinteresse“, das die deutsche Gesellschaft laut Alt-Bundespräsident Horst Köhler der Bundeswehr entgegen bringt.

Unser jetziger Bundespräsident Joachim Gauck hat diese Bezeichnung regelrecht fortentwickelt, als er von einem – ich zitiere – „Nicht-Wissen-Wollen“ der Bevölkerung vom Tun der Soldatinnen und Soldaten sprach. Aus dem „freundlichen Desinteresse“ ist also eine mehr oder weniger „freundliche Ignoranz“ geworden.

Der Bundespräsident sprach Mitte Juni an der Führungsakademie der Bundeswehr das erste Mal vor Soldatinnen und Soldaten. Sein Antrittsbesuch machte Mut, auch angesichts dieses nicht unproblematischen Verhältnisses zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Denn der Bundespräsident nannte die Bundeswehr ausdrücklich „auch meine Armee“ und machte so den Anfang zu mehr Teilnahme und Teilhabe.

Für die Soldatinnen und Soldaten selber prägte er in Abwandlung gleich mehrerer feststehender Begriffe den Satz, er treffe in der Bundeswehr auf den „Mut-Bürger in Uniform“. Damit verband er sehr passend den Gegensatz vom „Staatsbürger in Uniform“ zum reinen Befehlsempfänger und den Gegensatz vom positiv agierenden „Mut-Bürger“ zum negativ belegten „Wut-Bürger“. Ich als Berufssoldat mit über 40 Jahren Erfahrung in der Bundeswehr kann nur sagen: Ich bin gerne ein „Mut-Bürger in Uniform“!

Das war die Sicht des ersten Mannes im Staate auf die Bundeswehr. Wichtig ist ebenso die Sicht des ranghöchsten Soldaten, des Generalinspektors der Bundeswehr. General Volker Wierer beschreibt in seiner Veröffentlichung „Soldat sein heute“ zwei entscheidende Entwicklungen:

Zur Zeit des Kalten Krieges und der militärische Abschreckung galt das Prinzip „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen.“ In der Einsatzarmee Bundeswehr ist es eher ein „Kämpfen können, um tatsächlich zu kämpfen“ geworden. Allein der Einsatz in Afghanistan mit seinen 53 Gefallenen und zahllosen Verwundeten, mit seinen immer neuen Anschlägen und Feuergefechten, in die deutsche Soldaten verwickelt werden, ist ein aussagekräftiges Beispiel dafür.

General Wierer stellt weiterhin fest, dass die mediale Aufmerksamkeit um nahezu alle Vorgänge in der Bundeswehr gestiegen ist. Gleichzeitig werde die gesellschaftliche Verantwortung zu wenig in der Öffentlichkeit diskutiert. Sie überwinde zu selten die – ich zitiere – „Grenzen der einschlägigen sicherheits- und verteidigungspolitische Kreise und das unmittelbare Umfeld der Bundeswehr.“ In meinen Worten: Dieser Aspekt wird immer unter den Gleichen diskutiert und hin- und her gewendet – unter den Familienangehörigen und den Beteiligten, die beruflich damit zu tun haben.

Bei meinem Impuls will ich mich also an den zwei elementaren Fragen orientieren: Erstens „Wie ist die Lage?“ und zweitens „Was ist zu tun?“.

II. Die Lagefeststellung kommt nicht um die Neuausrichtung der Bundeswehr herum, denn sie hat an wichtigen Stellschrauben gedreht.



Zunächst ist das der Wandel von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenarmee Bundeswehr. Früher mussten sich alle jungen Männer eines Jahrgangs mit der Frage „Grundwehrdienst oder nicht“ zumindest bei der Wehreffassung und Musterung beschäftigen. Mit ihnen taten das die Eltern, Geschwister, Partnerinnen und Freunde. Die eine Hälfte der Gesellschaft hat sich also irgendwann einmal automatisch mit dem Soldatsein befasst. Von der anderen Hälfte waren es immer noch sehr viele.

Diesen Automatismus gibt es nicht mehr. Keiner muss sich mehr mit der Bundeswehr befassen, alle können es jetzt!

Dazu gehören wirklich alle, also auch die jungen Frauen eines Jahrgangs, was nebenbei bemerkt dem Deutschen Bundeswehrverband und seiner Musterklägerin Tanja Kreil zu verdanken ist, die das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Januar 2000 zur Öffnung aller Laufbahnen für Soldatinnen erstritten haben.

Aber damit ist die Wahrnehmung der Bundeswehr in der Gesellschaft mit der eines großen Konzerns und Arbeitgebers wie zum Beispiel Siemens herabgesunken. Es stellt sich nicht mehr die Frage eines Beitrags zur Landesverteidigung, sondern bleibt den eigenen Neigungen bei der Berufswahl überlassen. Das richtet sich keineswegs gegen Siemens, aber in der öffentlichen Wahrnehmung hat die Bundeswehr eine herausgehobene Stellung verloren.

Zweiter Punkt ist die Verkleinerung der Bundeswehr. 1990 hatte sie noch eine Personalstärke von 490.000 Soldaten. Nach der sechsten Reform in 20 Jahren soll sie demnächst nur noch maximal 185.000 haben. Rein zahlenmäßig ist die Bundeswehr also weniger präsent. Das gilt auch für die Standorte. Mit der Neuausrichtung werden aus 394 Standorten nur noch 264 mit mehr als 15 Dienstposten. Damit gibt es immer mehr „bundeswehr-freie Zonen“ in der Fläche unseres Landes.

Letztlich ist ein dritter Effekt eingetreten, der mit dem Auftrag der Bundeswehr zu tun hat. Dass „Deutschland in Deutschland“ verteidigt wird, war noch jedem in unserer Gesellschaft verständlich. Im Falle eines militärischen Angriffs auf unser Staatsgebiet hätte ein jeder davon profitiert. Auch der gedankliche Sprung zur Bündnisverteidigung ist nicht groß, denn ohne gegenseitige Einstandspflicht hätte auch die Hilfe der NATO-Partner bei einer sehr großen militärischen Bedrohung in Frage gestanden.

Aber dass Deutschland auch am Hindukusch verteidigt wird, erschließt sich nicht jedem sofort. Das ist nicht nur räumlich weit weg. Der Deutsche Bundeswehrverband zum Beispiel steht hinter diesem Einsatz, weil wir den Sinn eines stabilen Afghanistans erkennen. Allerdings sehen wir, dass dieser Auftrag in seiner sicherheitspolitischen Herleitung etwas weiter weg liegt als die Landes- oder Bündnisverteidigung. Und dem entsprechen die Erfahrungen der Soldatinnen und Soldaten, wenn sie aus dem Einsatz zurückkehren. Kaum einer in der Heimat weiß, was sie dort machen und vor allem warum? Es ist dann am einzelnen Soldaten, sich und seinen Auftrag zu rechtfertigen.

Das verbindet nicht gerade mit denjenigen, für die dieser Einsatz letztendlich da ist – den deutschen Bürgerinnen und Bürgern!

III. Das bringt mich zu der Frage: Was also ist zu tun?

Eine Musterlösung auf dem Silbertablett haben weder der Bundespräsident noch der Generalinspekteur noch der Deutsche Bundeswehrverband parat. Bundespräsident Gauck bringt



es aber auf den Punkt, wenn er fordert: „Es muss da debattiert werden, wo unsere Streitkräfte ihren Ort haben: in der Mitte unserer Gesellschaft.“

Tatsächlich sehen auch wir eine Chance auf Kontakthalten und eine Verbesserung des Kontakts zwischen Bundeswehr und Gesellschaft durch eine breite Debatte und Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte. Und mit allen gesellschaftlichen Kräften meine ich auch alle:

die Bundesregierung und der Bundestag,  
die Landtage und Landesregierungen,  
die politischen Parteien und Stiftungen,  
die Schulen und Universitäten,  
die Kirchen und Religionsgemeinschaften,  
die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände  
die Medien und Blog-Betreiber.

Es muss normal werden in der Bundesrepublik Deutschland, mit Soldaten in den direkten Dialog zu treten und über sicherheitspolitische Themen zu reden. Aus dem „Nicht-Wissen-Wollen“ muss ein „Abfragen-aus-Neugier“ werden.

Natürlich trifft die politische Führung eine ganz besondere Verantwortung. Es sind schließlich Bundesregierung und Bundestag, die für die Teilnahme an internationalen Missionen das Initiativrecht bzw. die letztendliche Entscheidungsbefugnis haben. Aber bei einer gesellschaftlichen Debatte ist eben die ganze Gesellschaft gefragt.

Und die Diskussion wird zu Themen wie „Töten oder Getötet-Werden“ oder Teilnahme an bewaffneten Konflikten wie in Afghanistan nicht immer leicht. Aber davor darf sich keiner drücken.

Der Evangelischen Akademie zu Berlin gebührt viel Anerkennung für die heutige Veranstaltung. Der Deutsche Bundeswehrverband wird seinerseits nicht müde, ähnliche Veranstaltungen durchzuführen. Wir haben ein eigens dafür eingerichtetes Bildungswerk, die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, die durch politische Kolloquien und Seminare unermüdlich zu dieser Debatte beiträgt.

Und eigentlich müssten wir nach der heutigen Veranstaltung nach Hause gehen und sagen: Auftrag erfüllt! Denn schon mit dieser Veranstaltung ist der Dialog zu sicherheitspolitischen Themen ja erweitert worden. Aber bitte erinnern wir uns an die Worte des Generalinspektors, diese Themen würden in immer den gleichen gesellschaftlichen Kreisen diskutiert. Daraus folgt die Aufforderung, nicht nachzulassen und unsere Diskussion immer weiter zu tragen – auch in die Kreise hinein, in denen wir uns sonst nicht regelmäßig bewegen.

Allein deswegen hoffe ich auf angeregte Diskussionen in den Arbeitsgruppen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!